



E-Control

MA 64 – 2194009/2022

Energie-Control Austria; Systemnutzungsentgelte-Verordnung
2018 (SNE-V 2018) – 2. Novelle 2023;
Begutachtungsentwurf
Stellungnahme

Lerchenfelder Straße 4,
1080 Wien
Telefon +43 1 4000 89919
Fax +43 1 4000 99 89910
post@ma64.wien.gv.at
wien.gv.at/ma64

Wien, am 03.02.2023

Externer Termin: 06.02.2023

Vorher zur Einsicht:

Frau Vizebürgermeisterin und
amtsführende Stadträtin für
Wohnen, Wohnbau, Stadterneue-
rung und Frauen:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Aufgrund des Schreibens der E-Control vom wird zu oa. Begutachtungsentwurf seitens des Landes
Wien folgende Stellungnahme erstattet:

Die Novellierung ist notwendig geworden, weil Ende 2022 der Nationalrat beschlossen hat, dass der
Staat die Mehrkosten, die für die Beschaffung von elektrischer Energie zur Abdeckung der Netzver-
luste anfallen, aus dem Budget teilweise abdecken wird. Von dieser Begünstigung dürfen jedoch nur
Entnehmer*innen von elektrischer Energie profitieren.

Nach § 53 Abs. 1 ElWOG 2010 ist das Netzverlustentgelt von Entnehmer*innen und Einspeisern zu
entrichten. Einspeiser, einschließlich Kraftwerksparks, mit einer Anschlussleistung bis inklusive fünf
MW sind von der Entrichtung des Netzverlustentgelts befreit.

Die Tatsache, dass im Zuge der stark gestiegenen Strom- Großhandelspreise im Kalenderjahr 2022
auch die Beschaffungskosten zur Deckung der Netzverluste stark steigen werden, war bereits Anfang
Juni 2022 bekannt. Damit war zu diesem Zeitpunkt klar, dass der Tarif für das Netzverlustentgelt ext-
rem stark ansteigen würde. Der Gesetzgeber hat darauf jedoch zu spät reagiert. Die Novelle zum El-
WOG 2010, die einen staatlichen Zuschuss zur Reduktion der Netzverlustentgelte der Entnehmer*in-
nen vorsieht, wurde knapp vor dem Jahreswechsel 2022/2023 im BGBl. kundgemacht. In der letzten
Novelle 2023 zur Systemnutzungsentgelte- Verordnung konnte diese Novellierung nicht mehr be-
rücksichtigt werden. Dies führt nun dazu, dass die Entnehmer*innen für die ersten beiden Monate des

Jahres 2023 das Netzverlustentgelt in voller Höhe zu tragen haben. Besonders hart trifft dies „einkommensschwache“ Haushaltskund*innen, sofern sie ihre Wohnungen mit Strom heizen müssen.

Im Übrigen kann der Entwurf zur Kenntnis genommen werden.

Aus Anlass dieser Novellierung darf jedoch auf ein grundsätzliches Problem zur bestehenden Rechtslage im EIWOG 2010 wie folgt hingewiesen werden:

Das Modell der staatlichen Kostenentlastung zur Neutarifizierung des Netzverlustentgeltes bedarf einer beihilfenrechtlichen Notifizierung. Die Notifizierungspflicht besteht nur „eingeschränkt“ für eine kleine Zahl bestimmter individueller Unternehmen, weil einzelne Kraftwerksbetreiber, nämlich jene, auch Pumpspeicherkraftwerke betreiben, „begünstigt“ werden. Pumpspeicherkraftwerke gelten sowohl als Einspeiser als auch als Entnehmer. Konsequenterweise müssen sie daher seit mehr als 15 Jahren das Netzverlustentgelt als Entnehmer und als Einspeiser entrichten.

Hervorzuheben ist nämlich, dass im Falle der Pumpspeicherkraftwerke die beihilfenrechtliche Selektivität zu bejahen ist, weil durch den Entfall des Netzverlustentgeltes bestimmte Unternehmen oder Produktionszweige zur Stromerzeugung in den Genuss einer indirekten staatlichen Subvention kommen.

Dem Land Wien liegen derzeit keine Informationen darüber vor, dass im Zuge der Novellierung des § 53 Abs. 4 EIWOG 2010 eine Notifizierung bei der EK erfolgte. Daher wird angeregt zu prüfen, ob das Notifizierungsverfahren hinsichtlich dieser Regelung einzuleiten ist.

Referent:
Mag. Klaus Oblasser
☎ 4000-89950

Mit freundlichen Grüßen
Die Abteilungsleiterin:
Mag.^a Christina Pass-Dolezal